

Tumpel: Arbeitsplätze schützen - jetzt rasch handeln

Utl.: Jetzt rasches Krisenmanagement von der Regierung gefordert -
Kündigungen vermeiden - Abschwung darf nicht wieder voll zu
Lasten der Jungen gehen =

Wien (OTS) - Knapp 24.000 mehr Arbeitsuchende als noch im Vergleichsmonat des Jahres 2007: Damit hat sich im Dezember der Abschwung auf dem Arbeitsmarkt deutlich beschleunigt. 333.113 Menschen waren im Dezember ohne Arbeit (rund 287.000 als arbeitslos registriert und rund 46.000 in Schulungen des Arbeitsmarktservice). "Jetzt drängt die Zeit, um gegenzusteuern. Wir müssen alles tun, um die Arbeitsplätze zu schützen", sagt der Präsident der Arbeiterkammer (AK), Herbert Tumpel und verlangt, dass Kündigungen so weit und so lange es geht vermieden werden. "Dafür müssen wir alle verfügbaren Instrumente nutzen. Notwendig sind eine finanziell abgesicherte flexiblere Kurzarbeit und der Ausbau von Arbeitsstiftungen - kombiniert mit gezielten Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen." Besondere Verantwortung hätten jene Banken und Konzerne, die öffentliche Mittel aus dem staatlichen Hilfspaket bekommen, so Tumpel: "Die Banken müssen wieder Kredite für Konsumenten und Betriebe bereitstellen und die Regierung muss neben der Steuersenkung auch die Konjunkturpakete raschest möglich umsetzen." Bei den Abgaben- und Gebührenerhöhungen sollen - so Tumpel - die Gebietskörperschaften Zurückhaltung üben, denn "die Menschen und die Wirtschaft brauchen jetzt jeden Cent, die Kaufkraft muss gestärkt werden. Nur wenn die Wirtschaft funktioniert, können wir Arbeitsplätze erhalten."

Kündigungen müssen unbedingt vermieden werden: Dazu braucht es eine finanziell abgesicherte Kurzarbeit und den Ausbau von Arbeitsstiftungen. Kurzarbeit muss viel leichter und besser als bisher mit Aus- und Weiterbildung der kurzarbeitenden ArbeitnehmerInnen verbunden werden können. Arbeitsstiftungen müssen ausgebaut werden, um Kündigungen zu vermeiden; dies gilt insbesondere auch für Leihfirmen. Aber auch die Altersteilzeit muss ihren Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen gerade in Klein- und Mittelunternehmen wieder besser leisten können. Es darf nicht so sein, dass die Älteren zuerst gekündigt werden und dann sind sie praktisch unvermittelbar, aber zu jung für die Pension.

Für die Jungen fordert Tumpel, dass alle Jugendlichen die

bestmögliche Berufsausbildung auch in wirtschaftlich schweren Zeiten erhalten müssen. Für all jene Jugendlichen, die keine Lehrstelle finden, müssen genug Ausbildungsplätze in überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen zur Verfügung gestellt werden. Notwendig sind aber auch mehr Plätze in Programmen für Junge, die den Pflichtschulabschluss nicht schaffen.

Für jene Menschen, die schon in der Hochkonjunktur kaum einen guten Arbeitsplatz gefunden haben, fordert Tumpel ein Ende des unwürdigen Spiels "Zu gesund für die Pension, zu krank für den Arbeitsmarkt". Ältere und gesundheitlich Beeinträchtigte sollen dann eine besondere Leistung der Arbeitslosenversicherung erhalten, wenn sie vom Arbeitsmarktservice (AMS) innerhalb von sechs bis zwölf Monaten nicht vermittelt werden konnten.

Für all das braucht das AMS mehr Geld und mehr Personal. Dem AMS müssen vom Finanzminister die Einnahmehausfälle in der Arbeitslosenversicherung wegen der Absenkung des Beitrages für Niedrigverdiener ersetzt werden. Das ist rechtlich so festgelegt und wurde in den Koalitionsverhandlungen vereinbart - nun muss es vom Finanzminister auch eingehalten werden. Außerdem braucht das AMS weitere Mittel, um sicherstellen zu können, dass so viele Arbeitsplätze wie möglich auch in der Krise gehalten werden können.

Rückfragehinweis:

AK Wien Presse

Tel.: (++43-1) 501 65-0

<mailto:akpresse@akwien.or.at>

<http://www.akwien.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0056 2009-01-02/11:11

021111 Jän 09

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20090102_OTS0056